

Inhalt der Sitzung vom 19.11.2012

TOP Ö 2

Aufbau eines Klimaschutzmanagements

Zur Kontrolle und zur weiteren Verringerung des Energiebedarfs sollte, zusätzlich zum vorhandenen Energiecontrolling der kommunalen Liegenschaften, ein Klimaschutzmanagement etabliert werden. Laut Gemeinderatsbeschluss vom 28.02.2011 wurde mit dem Aufbau dieses Managements die KLIBA gGmbH beauftragt.

Mittlerweile liegen die Untersuchungsergebnisse vor. Herr Dr. Kessler von der KLIBA ist bei der Sitzung anwesend und wird das Konzept in seinen Grundzügen vorstellen. Weitergehende Einzelmaßnahmen in den untersuchten Liegenschaften werden im Folgenden auf ihre Machbarkeit hin überprüft und im Ausschuss für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten vorgestellt und besprochen.

Herr Dr. Kessler von der KLIBA stellte das Konzept mittels einer Power-Point-Präsentation in seinen Grundzügen vor.

Auf Anfrage von Gemeinderätin Breitenbücher nach dem Zeitfenster einer Umsetzung antwortete Dr. Kessler, dass dies abhängig von der Vorgehensweise sei.

Bürgermeister Schmitt ergänzte, dass Maßnahmen mit geringen Kosten, die sich schnell amortisieren, möglichst bald umgesetzt werden sollen. Ansonsten sind Maßnahmen, die sich innerhalb kurzer Zeit rechnen, vorrangig vor Maßnahmen, die sich erst in einem längeren Zeitraum amortisieren, umzusetzen. Genaueres solle im Ausschuss besprochen werden.

Laut Dr. Kessler ist mittelfristig eine Fernüberwachung der Verbrauchswerte (z. B. alle 15 Minuten) und später dann eine Fernsteuerung vorgesehen.

Bürgermeister Schmitt hob hervor, dass man dann die Ursachen für Spitzenverbräuche besser nachvollziehen und entsprechende Maßnahmen ergreifen könne.

Gemeinderätin Schüller wollte wissen, warum die allgemeine Unterrichtung solange gedauert hat und ob dies Auswirkungen auf den in Aussicht gestellten Zuschuss hat. Bürgermeister Schmitt gab bekannt, dass ein detaillierter Bericht der Verwaltung vorliegt, der den Gemeinderäten zugänglich gemacht werde. Der Zuschuss sei bereits abgerechnet, lediglich noch nicht eingegangen.

Dr. Kessler fügte hinzu, dass die Feinanalyse für jedes untersuchte Gebäude einen Umfang von rd. 40 Seiten und das Gesamtwerk einen Umfang von 200 bis 300 Seiten habe. Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende wollte, da bereits einige Monate vergangen sind, wissen,

wann es im Ausschuss weitergehe. Bürgermeister Schmitt strebt hierfür den Anfang des 1. Quartals 2013 an.

Dr. Verclas erkundigte sich nach dem Sinn der Hausmeister- und Schüler-Schulungen. Auch er habe sich mehr Informationen gewünscht; z. B. wie hoch sind die Einsparungen durch die Sanierung der Turn- und Schwimmhalle der Friedrichschule. Herr Dr. Kessler antwortete, dass die Hausmeister z. B. eine Einweisung in die Steuer- und Regeltechnik erhalten sollen, damit sie die Technik optimal bedienen können. Schüler sollen über das richtige Lüften und die Bedienung der Heizungseinstellung informiert werden. Bürgermeister Schmitt sagte, dass, wenn man in Technik investiere, man auch die Hausmeister entsprechend schulen müsse.

Beschlussvorschlag: Entfällt; Kenntnisnahme.

TOP Ö 3

Teiländerung des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“ – Änderungs- und Aufstellungsbeschluss - Beauftragung der Planungsleistungen.

Das nach dem Rechtsstreit mit der Firma Astra Zeneca von der Gemeinde erworbene, 33.092 m² große Grundstück Flst. Nr. 1314 / 12 in der Brauereistraße soll zur Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe neu geordnet und erschlossen werden. Dazu ist zunächst eine Teiländerung des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“ und die Aufstellung von örtlichen Bauvorschriften erforderlich. Das Büro MVV Energiedienstleistungen GmbH Regioplan aus Mannheim hat ein Honorarangebot über die Planungsleistungen vorgelegt. Das Honorar für die Bauleitplanung beläuft sich 9.457,59 EUR. Hinzu kommen die besonderen Leistungen (artenschutzrechtliche Vorprüfung / Umweltbericht, grünordnerisches Konzept, Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung / Verfahrensbegleitung), die mit 8.194,22 EUR vergütet werden sollen.

Hinzu kommt die technische Planung der Verkehrsanlagen, Kanäle und Versorgungsleitungen. Für den in der ersten Stufe erforderlichen Leistungsumfang Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung Ingenieurbauwerke) ergibt sich ein Bruttobehonorar von 23.316,90 EUR. Für den in der zweiten Stufe erforderlichen Leistungsumfang (Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe, Bauoberleitung, Objektbetreuung) ergibt sich ein Bruttobehonorar von 22.584,78 EUR.

Gemeinderat Dr. Verclas monierte die hohen Honorarkosten und dass nur ein Angebot eingeholt wurde. Er sei der Auffassung, dass die Einstellung eines Planers im Bauamt sich rechnen könnte. Der Vergabe der technischen Planung und der Ausführungsplanung könne er im Namen der PlaLi nicht zustimmen.

Herr Boxheimer entgegnete, dass die HOAI für die Abrechnung zugrundegelegt werde. Eine Einstellung eines Ingenieurs lohne sich nicht, da diese Leistungen nur vorübergehend

benötigt werden und bei Einschaltung eines Büros auf das jeweilige spezielle Hintergrundwissen von mehreren Personen zurückgegriffen werden kann und beim Ausfall einer Person andere Kräfte zur Verfügung stehen. Ferner können Maßnahmen durch den gleichzeitigen Einsatz mehrerer Mitarbeiter schneller umgesetzt werden. Bürgermeister Schmitt ergänzte hinsichtlich der Frage zur Umlegbarkeit dieser Kosten, dass die Gemeinde Eigentümer sämtlicher Grundstücke sei und der Gemeinderat bereits einen Kaufpreis für erschlossene Grundstücke festgelegt habe. Auch Gemeinderat Berger konnte für die CDU nur der Bauleitplanung zustimmen. Er wünschte sich ein weiteres Angebot. Ferner sei er der Auffassung, dass ein privates Ingenieurbüro, das nicht nach der HOAI abrechne, diese Leistungen bestimmt günstiger erbringe.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende (SPD) teilte die Auffassungen seiner Gemeinderatskollegen. Ferner war er nicht damit einverstanden, dass zu der aufgeführten Pauschale weitere Kosten gegebenenfalls aufgrund der Anhörung der Träger öffentlicher Belange hinzukommen können. Er legte größten Wert darauf, dass vorhandene Bäume möglichst erhalten werden.

Gemeinderat Hohl, GLP, gab bekannt, dass seine Fraktion für einen höheren Verkaufspreis plädiert habe, da in der Regel mit Mehrkosten, wie jetzt, zu rechnen ist. Auch er konnte nur der Bauleitplanung zustimmen. Gemeinderat Hohl sprach sich für die Erhaltung bzw. Schaffung eines Grüngürtels bis zur Gänsweid, wie sie bei der letzten Bürgermeisterwahl diskutiert wurde, aus.

Bürgermeister Schmitt erwähnte, dass die Bäume entlang der Kreisstraße gemäß dem Willen des Gemeinderates erhalten werden müssen.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende gab bekannt, dass der Gemeinderat bereits 1975 mit seinem Grünordnungsplan bei der ICI Pharma, als es noch keine diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften gab, seiner Zeit weit voraus war. Aufgrund der Aussprache änderte Bürgermeister Schmitt den Beschlussvorschlag. Für die technische Planung und die Ausführungsplanung soll mindestens ein weiteres Angebot eingeholt werden. Diese Leistungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt vergeben werden.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt gemäß §§ 2, 10 Baugesetzbuch (BauGB) die Teiländerung des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“ und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens.

Gleichzeitig wird gemäß § 74 Absatz 6 Landesbauordnung (LBO) die Aufstellung von örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz“ beschlossen. Das Büro MVV Energiedienstleistungen GmbH Regioplan aus Mannheim wird auf der Grundlage des Angebots vom 17.10.2012 mit den Planungsleistungen für die Bauleitplanung beauftragt.

Der Geltungsbereich der Teiländerung ergibt sich aus dem dieser Vorlage beigefügten Lageplan.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

TOP Ö 4

Einbringung Haushaltsplanentwurf 2013 und Wirtschaftsplanentwurf 2013 (jeweils mit Finanzplanung)

Das Haushaltsvolumen 2013 beträgt insgesamt 25,1 Mio. Euro, davon entfallen 20 Mio. auf den Verwaltungshaushalt und 5,1 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt. Der Haushalt 2013 soll durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von ca. 3,6 Mio. Euro und durch Grundstückserlöse von ca. 0,6 Mio. Euro ausgeglichen werden. Es sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen. Im Jahr 2013 sind außerordentliche Tilgungen von 800 T€ eingeplant; in den Folgejahren 2014 bis 2016 jeweils 37 T€; insgesamt also ca. 911T€. Aufgrund der ungewissen Konjunkturentwicklung wurde eine vorsichtige Zukunftsplanung mit geringeren Steigerungsraten als prognostiziert vorgenommen.

Der Haushaltsplanentwurf 2013 und Wirtschaftsplanentwurf 2013 wurden von Bürgermeister Schmitt anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt.

Rede von Bürgermeister Schmitt zur Haushaltseinbringung:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

am 1.10.2008 habe ich mein Amt als Bürgermeister hier in Plankstadt angetreten, die erste Hälfte der Amtszeit ist somit vorbei. Bald darauf durfte ich meinen ersten Haushalt hier im Rat einbringen. Damals standen nach sehr guten Jahren dicke Wolken am Konjunkturhimmel und wie wir alle wissen, erlebte Deutschland in 2009 eine tiefgehende Rezession. Die Haushaltseinnahmen der öffentlichen Hand brachen in noch nie gesehenem Ausmaß ein. Unsere damals sehr vorsichtige Haushaltsplanung half uns dabei, gut über dieses schwierige Jahr zu kommen. Gott sei Dank erholten sich die Einnahmen in den Folgejahren wieder, und das sogar schneller als erwartet.

Wenn ich heute den Haushalt für das Jahr 2013 einbringe, sehe ich zwei gegensätzliche Aspekte. Zum einen wurden bei der Novembersteuerschätzung für das nächste Jahr weiterhin hohe Steuereinnahmen vorhergesagt, die uns als Gemeinde denn auch entsprechend gute Finanzausweisungen im kommenden Jahr bescherten sollen. Zum anderen hat die Rezession Europa erfasst. Auch im bisher weitgehend verschonten Deutschland hört man aktuell in vielen Unternehmensbereichen von schleppenden Geschäften, ausgelöst durch die Eurokrise. Ich hoffe, dass unsere Wirtschaft sich weiterhin von den rezessiven Tendenzen in Europa abkoppeln kann und wir kein déjà-vu erleben im kommenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns in der Verwaltung entschlossen, bei der Planung des Haushaltes 2013 und der Finanzplanung der Folgejahre konservativ vorzugehen. Das bedeutet, dass wir den Haushalt 2013 so aufgestellt haben, dass wir auf unvorhergesehene Entwicklungen in gewissem Maße reagieren können und die avisierten Steigerungsraten bei den Einnahmen nicht in voller Höhe in die Finanzplanung übernommen haben.

In dieser Situation müssen wir die Verschuldung gerade angesichts der immer noch schwachen Steuerkraft unserer Gemeinde sehr genau im Blick behalten. Hier befinden wir uns auf einem sehr guten Weg, sind wir doch weiterhin dabei die Verschuldung zurückzuführen. Die Zahlen zeigen, dass wir im Kernhaushalt vor meinem Amtsantritt bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 491 € lagen und diese nächstes Jahr nur noch bei 268 €, somit 45% niedriger, liegen wird.

Diese Reduzierung der Verschuldung wurde erreicht, obwohl wir in diesen Jahren kräftig investiert haben. Die bedeutendsten Maßnahmen können Sie der Präsentation entnehmen. Insgesamt haben wir in diesen zurückliegenden Jahren rd. 15 Mio. € in die Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz, den Erwerb von Grundstücken sowie den Neubau der Kinderkrippe investiert.

Insgesamt beträgt das Haushaltsvolumen 2013 rd. 25,1 Mio. €. Wie Sie sehen entfallen davon auf den Verwaltungshaushalt rd. 20 Mio. €. Erfreulich ist, dass wir eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von 309.000 € einplanen können. Diese ist jedoch nicht ausreichend, um unsere notwendigen Investitionen erwirtschaften zu können. Als größere Einzelmaßnahmen im Verwaltungshaushalt sind die Fortführung der Kanaluntersuchung und -sanierung sowie die vertiefte Untersuchung für die Straßenbahnverlängerung einschließlich notwendiger Bürgerworkshops und Visualisierungen eingeplant.

Die größten Ausgabeposten im Haushalt 2013 sind zum einen die Ausgaben für die Kinderbetreuung von Krippe über Kindergarten, Betreuung an den Schulen bis hin zum Jugendzentrum. Hierfür ist für nächstes Jahr ein Zuschussbedarf von 1,46 Mio. € vorgesehen, nach 1,15 Mio. € im laufenden Jahr. Somit eine Steigerung von über 20%. Hier wirkt sich zum einen natürlich die gesetzliche Verpflichtung aus, spätestens am 01.08.2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder erfüllen zu können. Zum anderen aber auch die allgemein stärkere Nachfrage nach Betreuungsangeboten.

Ein anderer wichtiger Posten, der immer wieder einer vertieften Betrachtung unterzogen wird, sind die Personalausgaben. Seit dem Jahr meines Amtsantrittes steigen diese bis nächstes Jahr insgesamt um 9,3 %. In den Ausgaben 2013 sind jedoch 140.000 € an Ausgaben für Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit enthalten. Diese Mitarbeiter sind also nicht mehr da, erhalten jedoch noch Gehalt. Wenn wir dies berücksichtigen, beträgt die Steigerung gerade noch 4,7%, und dies obwohl die Ausgaben für Angestellte durch Lohn- und Stufensteigerungen in dieser Zeit im Durchschnitt um ca. 20,2% gestiegen sind.

Insgesamt können wir feststellen, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen, wir uns jedoch weiterhin darum bemühen müssen, unseren Haushalt zu konsolidieren. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat dies in der diesjährigen Finanzprüfung auch entsprechend festgestellt. Wir müssen dies sowohl auf der Ausgabenseite durch eine weiterhin sparsame Haushaltsführung als auch auf der Einnahmeseite durch Ansiedlung von Gewerbe und weitere Gewinnung von Einwohnern umsetzen.

Im Vermögenshaushalt sind 5,1 Mio. € veranschlagt. Den größten Teil der Finanzierung stellt die Entnahme aus der Rücklage dar. An Erlösen aus Grundstücksverkäufen sind sehr konservative 570.000 € eingestellt. Hier ist bei einem positiven Jahresverlauf deutlich Luft nach oben, was dann auch die Rücklagenentnahme entsprechend mindern könnte.

Als größte Projekte auf der Ausgabeseite des Vermögenshaushaltes sind zu nennen: Die Sanierung des Rathauses. Hier ist ein erster Ansatz im Landessanierungsprogramm vorgesehen. Das Rathaus entspricht weder den aktuellen Brandschutzvorschriften noch ist es barrierefrei. Weiterhin sind die gesamte Heizungsanlage und die Toilettenanlagen in einem extrem beklagenswerten Zustand. Die EDV-Verkabelung ist erneuerungsbedürftig und die vorhandenen Räume reichen nicht aus, sind teilweise zu klein und es fehlen Besprechungsräume. Wir erwarten von unseren Mitarbeitern gute Arbeit, dann müssen wir Ihnen auch eine entsprechende Arbeitsumgebung bereitstellen. Bereits unter Werner Weick waren 1992 fertige Pläne für eine Erweiterung und Sanierung des Rathauses erstellt, die dann jedoch leider nicht zur Umsetzung kamen. Mittlerweile sind 20 Jahre ins Land gegangen und ein weiteres Zuwarten ist nicht mehr möglich und angesichts der derzeit möglichen Zuschüsse aus dem Landessanierungsprogramm auch nicht sinnvoll.

Zwei Maßnahmen betreffen die Sanierung bzw. Erneuerung von Straßen, welche sich in einem sehr schlechten Zustand befinden. Seit vielen Jahren sind dies die ersten Straßen, die in Plankstadt saniert werden können. Dies ist deshalb wichtig, da bei der Haltbarkeit einer Straße 50 Jahre realistisch sind und deshalb theoretisch jedes Jahr 1/50tel des Straßennetzes saniert werden muss, um die Substanz zu erhalten. Diese Maßnahmen können jedoch nicht in einem Jahr durchgeführt werden, sondern in Bauabschnitten über zwei bis drei Jahre.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die geplante Erschließung des kleineren von Astra-Zeneca zurückgekauften Grundstücks. Damit schaffen wir die Voraussetzung für einen Verkauf von Teilflächen, für die ja auch schon erste Interessenten vorhanden sind. Wir generieren dadurch zum einen Verkaufserlöse, zum anderen legen wir die Grundlage für höhere Gewerbesteuererinnahmen.

Sie sehen also, wir leisten uns keinen Luxus, sondern investieren ausschließlich in die Erhaltung unseres Vermögens.

Ich denke, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf wieder den wichtigsten Zielen Rechnung getragen haben, als welche ich sehe:

- Vermögenserhalt,

- Erhalt bzw. Ausbau der Wohnqualität und der Attraktivität unserer Gemeinde,
- Entwicklungs- und Bildungschancen unserer Kinder verbessern
- sowie unser Beitrag zum Klimaschutz

bei gleichzeitiger Konsolidierung unserer Finanzen.

Selbstverständlich ist dies eine Gratwanderung. Doch mit gemeinsamer Anstrengung werden wir diese bewältigen.

Bedanken möchte ich mich noch bei Herrn Kroiherr, der trotz der Finanzprüfung in diesem Jahr es mit großem Engagement gemeinsam mit den Mitarbeitern erreicht hat, dass wir heute den Haushaltsplan im Gemeinderat einbringen konnten.“

Ohne Aussprache wurden der Haushaltsplanentwurf und der Wirtschaftsplanentwurf 2013 einstimmig zur Weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

TOP Ö 5

Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg vom 08.10.2012 zur allgemeinen Finanzprüfung der Gemeinde Plankstadt 2007 bis 2011 und des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung 2007 bis 2011

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in der Zeit vom 05.06.2012 bis zum 26.07.2012 (mit Unterbrechungen) eine allgemeine Finanzprüfung durchgeführt. Der Prüfungsbericht ist am 10. Oktober 2012 zugegangen.

Gem. Ziffer 2.2 des Prüfungsberichts hat sich ein guter Gesamteindruck vom Leistungsniveau und von den Arbeitsergebnissen der Verwaltung ergeben. Insgesamt hat die Verwaltung gesetzes- und ordnungsgemäß gearbeitet.

Der Prüfungsbericht enthält viele Hinweise und Tipps und nur wenige Randnummern. An mehreren Stellen (Einzelfeststellungen) wird die ordnungsgemäße und gute Arbeit der Verwaltung bestätigt. Eine förmliche Schlussbesprechung war daher nicht erforderlich. Nur zu wenigen Punkten ist eine Stellungnahme der Verwaltung erforderlich.

Gemeinderätin Breitenbücher (PlLi) bedankte sich für das sehr gute Prüfungsergebnis bei der Verwaltung, Bürgermeister Schmitt, Fachbereichsleiter Kroiherr und allen Mitarbeitern.

Gemeinderätin Schuster (CDU) bedankte sich für die sehr gute Arbeit bei Fachbereichsleiter Kroiherr und seinen Mitarbeitern und der ganzen Verwaltung.

Gemeinderätin Schneider (SPD) nahm den Prüfungsbericht zur Kenntnis und bedankte sich bei Fachbereichsleiter Kroiherr, der maßgeblich zu dem guten Prüfungsergebnis beigetragen hat.

Sie erkundigte sich nach der Rechtsgrundlage, nach der der Prüfungsbericht vom Gemeinderat öffentlich nur zur Kenntnis zu nehmen ist. Bürgermeister Schmitt verwies auf die Geheimhaltungsvorschriften und die Datenschutzbestimmungen, wie sie am Anfang des Prüfungsberichts aufgeführt sind und sicherte zu, die Rechtsgrundlage nachzuliefern.

Gemeinderätin Schüller (GLP) ging auf die vielen positiven Anmerkungen der GPA ein. Teilweise erfolgten Prüfungsanmerkungen aufgrund Fehler Dritter. Anschließend zählte sie kurz einige Prüfungsanmerkungen pauschal auf. Bei der Feststellung der Personalausstattung der Verwaltung durch die GPA fühlte sich die GLP in ihrer Auffassung bestätigt. Vermisst habe sie jedoch eine Stellungnahme der GPA zu dem Gemarkungstausch. Wahrscheinlich lag dies daran, dass der Prüfungszeitraum von 2007 bis 2011 war und der Gemarkungstausch 2012 stattfand. Abschließend sprach sie großes Lob an den Fachbereich für Finanzen und FBL Kroiher aus.

Abstimmungsergebnis: entfällt; Kenntnisnahme